

Leere Kassen in Tamm - ehrliche Politik ist gefragt!

Die Wirtschafts- und Finanzkrise kommt nun auch in den Städten und Gemeinden in Form drastisch zurückgehender Steuereinnahmen, insbesondere Gewerbesteuererinnahmen, an. Zusätzliche Einnahmeausfälle entstehen durch die von der schwarz-gelben Bundesregierung insbesondere für Besserverdiener beschlossenen Steuergeschenke. Gleichzeitig müssen die Städte und Gemeinden steigende Lasten im Sozialbereich sowie im Bereich der Kinderbetreuung schultern.

In Tamm ist die Lage besonders problematisch, da der größte Gewerbesteuerzahler in die Verlustzone gerutscht ist und deshalb weit überdurchschnittliche Einnahmeausfälle eintreten. Insgesamt fehlen im Tammer Haushalt ca. 4,7 Mio Euro. Bei einem Haushaltsvolumen von ca. 30 Mio Euro ist das ein richtig großes Haushaltsloch, vor dem die Gemeinde Tamm in diesem Jahr steht. Und 2011 wird die Lage wahrscheinlich nicht besser, weil dann noch eine steigende Kreisumlage für weitere Belastungen sorgen wird.

In den vergangenen Jahren hatten wir in Tamm eine relativ komfortable Haushaltssituation, und so konnten sowohl die Verschuldung der Gemeinde zurückgefahren werden als auch große Investitionen in Projekte getätigt werden wie die Schulsanierungen, der Bau von Sporthalle Egelsee und Bürgersaal. Diese Investitionen bringen allerdings teilweise erhebliche Folgekosten, die nun auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aufgebracht werden müssen. Den größten Anteil an den Ausgaben überhaupt stellen die Personalkosten dar.

Die Frage, vor der die Kommunalpolitik steht ist nun, wie mit dieser Situation umgegangen wird. Es stehen nur drei Möglichkeiten zur Verfügung: Schuldenaufnahme, Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen. Wichtig ist es gerade in einer so schwierigen Situation wie jetzt, sich genau anzuschauen, welche Potenziale die einzelnen Möglichkeiten überhaupt bieten und was die Konsequenzen für die Folgejahre sind.

Wenn man das komplette Haushaltsloch von 4,7 Mio Euro mit Neuverschuldung stopfen wollte, würde sich darüber hinaus die Frage stellen, ob dann überhaupt ein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden könnte. Es ist ziemlich sicher, dass dies nicht der Fall wäre. Ganz klar ist natürlich, dass auch beim scheinbar bequemeren Weg der Schuldenaufnahme letztendlich die Tammer Bürgerinnen und Bürger hierfür aufzukommen haben. Wenn nicht heute oder morgen, dann zumindest übermorgen. Nicht unbedingt diejenigen, die jetzt darüber entscheiden, aber im Zweifelsfall dann eben unsere Kinder. Eine Schuldenaufnahme von 4,7 Mio Euro würde bei 5 % Zinsen die Haushalte in den Folgejahren jährlich zusätzlich mit 235.000 Euro belasten.

Nun zu den Einsparmöglichkeiten: Im investiven Bereich werden natürlich alle Maßnahmen bis auf die bereits begonnenen (wie etwa der Bau eines zweiten Kleeblattheimes) auf Eis gelegt. Im Bereich des Verwaltungshaushalts sind Einsparungen bei den Sachkosten am schnellsten möglich. Mit viel Anstrengungen sind so evtl. 500.000 Euro zu erreichen. Bei den Personalkosten sind kurzfristige

Einsparungen kaum möglich. Längerfristig lässt sich durch Fluktuation sicher die eine oder andere Stelle einsparen, Voraussetzung hierfür ist aber, dass dann auch klar ist, welche Aufgaben dafür wegfallen oder reduziert werden sollen. Mit Sparmaßnahmen könnten durchaus auch Einschränkungen bei liebgewordenen Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger verbunden sein.

Die dritte Möglichkeit sind Steuererhöhungen. Sicher ist das die unpopulärste Möglichkeit, deshalb wird natürlich von vielen Politikern versucht, dies zu vermeiden. Wunderdinge sind allerdings auch von Steuererhöhungen nicht zu erwarten: Eine Erhöhung der Grundsteuer B (die für bebaute Grundstücke anfällt) von jetzt 320 auf denkbare 360 Punkte würde Mehreinnahmen von 185.000 Euro bringen. Damit wäre Tamm im Landkreis immer noch bei weitem nicht an der Spitze; die Stadt Remseck etwa hat eine Erhöhung der Grundsteuer B auf satte 480 Punkte beschlossen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer von 360 auf 380 Punkte würden Mehreinnahmen von ebenfalls 185.000 Euro bringen. Was bedeutet dies z.B. für den Besitzer eines Reihenhauses? Für ein durchschnittliches Reihenhaus wären dann 32 Euro im Jahr mehr an Steuern aufzubringen, im Monat also weniger als drei Euro. Bei freistehenden Häusern wäre die Mehrbelastung natürlich höher, bei einer 100 qm großen Wohnung würden 26 Euro pro Jahr anfallen, also etwa zwei Euro pro Jahr. Man kann ja wohl kaum ernsthaft behaupten, dadurch würden unsere Bürgerinnen und Bürger über Gebühr belastet, auch wenn wir durchaus wissen, dass viele davon mit dem Euro rechnen müssen. Gleichzeitig bedeuten erhöhte Einnahmen geringere Schuldenaufnahme und damit in diesem Beispiel in den Folgejahren jährlich 18.500 Euro weniger Zinsaufwand.

Es ist offenkundig, dass weder mit Einsparungen noch mit Steuererhöhungen und selbst mit einer Kombination dieser beiden Möglichkeiten das Tammer Haushaltsloch gestopft werden kann. Sich dann nur auf Schuldenaufnahme zu verlegen, wäre aber unverantwortlich. Wir Politiker in Tamm sollten den Mut aufbringen, unseren Bürgern die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit ist, dass wir ein richtig großes Haushaltsloch haben. Und dass wir die Haushaltssituation mit großer Sicherheit ohne Verbesserung der Einnahmensituation – und das heißt Steuererhöhungen – auf Dauer nicht bewältigen werden können. Ein Hoffen auf Gewerbesteuererinnahmen in der Höhe der vergangenen fünf Jahre wäre nach heutigem Stand unrealistisch. Wer die Haushaltssituation durch Schuldenaufnahme und das Hoffen auf bessere Zeiten lösen will, handelt unverantwortlich. Am Ende werden noch größere Haushaltsprobleme und höhere Belastungen für unsere Bürger das Ergebnis sein. Wer nur von Jahr zu Jahr denkt, mag dies wollen – die Tammer SPD-Gemeinderäte wollen dies auf jeden Fall nicht.

Chancen nutzen - Zukunft gestalten

Die Energielandschaft ist in Bewegung. Landauf, landab nehmen immer mehr Kommunen das Heft wieder in die Hand. Nicht nur in größeren Kommunen wie in Ludwigsburg oder Bietigheim-Bissingen wurden bereits die Stromnetze in kommunale Regie übernommen. Selbst in kleineren Gemeinden wie z. B. Sersheim gibt es in Kooperation mit den Stadtwerken Bietigheim-Bissingen bereits solche Beispiele. Im Falle von Sersheim hält in der VES (Ver- und Entsorgungsgesellschaft Sersheim mbH) die Gemeinde 51% und die SWBB 49% der Anteile. Der operative Betrieb erfolgt durch die SWBB, dennoch ist der kommunale Einfluss durch die Mehrheitsbeteiligung der Gemeinde an der VES gesichert.

Sowohl die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim als auch die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen haben bereits Interesse an einer Übernahme der Stromnetze in ihrer Nachbarschaft angemeldet. In diesem Zusammenhang sollte man beachten, dass eine Zusammenarbeit mit benachbarten Stadtwerken noch weitere Möglichkeiten bietet, die zu überprüfen sind: So bieten z.B. die Stadtwerke Bietigheim-Bissingen neben Strom, Gas und Fernwärme auch Wasser- und Abwasserversorgung sowie die Übernahme des kompletten Energiemanagements an. Auch die Straßenbeleuchtung oder die Energieversorgung gemeindeeigener Liegenschaften sind Felder einer möglichen Zusammenarbeit ebenso wie die Beratung über Energiekonzepte bei der Erschließung von Neubaugebieten. Ein ähnlich breites Tätigkeitsfeld bieten die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim.

Es spricht vieles dafür, die Ver- und Entsorgung mit Gas, Strom, Wasser und Abwasser und ggf. Fernwärme in einer Hand zu bündeln: Neben Synergieeffekten im Betrieb und bei Baumaßnahmen ergeben sich teilweise Möglichkeiten, die es bei getrennter Betriebsführung nicht gäbe. Beispiele dafür sind das neue Ludwigsburger Holzkraftwerk, das Holzhackschnitzelkraftwerk mit Nutzung von Biogas im Bietigheimer Ellental oder das Blockheizkraftwerk Pattonville.

Alternativ zu einer bloßen Verlängerung des bestehenden Konzessionsvertrages haben die EnBW zudem die Möglichkeit ins Spiel gebracht, ggf. eine Teilkommunalisierung mit Hilfe des Neckar-Elektrizitäts-Verbandes (NEV) möglich zu machen – Beispiele hierfür sind bisher allerdings nicht bekannt. Daneben ist natürlich auch der Einfluss der Gemeinde Tamm in der NEV äußerst gering. Da der NEV sich allerdings nur um die Stromversorgung kümmert, sind einige Möglichkeiten, die bei breit aufgestellten Stadtwerken vorhanden sind, bei dieser Variante nicht gegeben.

Bereits im Herbst hat die LLT im Gemeinderat nach einer Aufstellung der Konzessionsverträge mit den jeweiligen Ablaufdaten angefragt. In der März-Sitzung des Gemeinderates hat die SPD-Gemeinderatsfraktion einen Antrag eingebracht mit dem Ziel, dass die Verwaltung vor einer Entschei-

-- Fortsetzung auf Seite 4 --